

Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#machtsozialdemokratiemöglich

Rente wird aus Respekt gemacht:
armutsfest und lebensstandardsichernd.

Unser Konzept zur Stärkung der gesetzlichen Rente

Orientiert an den Vorschlägen des VdK und des DGB

Die Rente ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Die Angst vor Altersarmut ist groß und berechtigt. Und die Vorstellung, im Alter den Lebensstandard massiv einschränken zu müssen, bereitet Sorgen. Die Aussicht trotz jahrzehntelanger Arbeit im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein, lässt Arbeitnehmer*innen auch an „der Politik“ zweifeln.

Die sogenannten Rentenreformen der 2000er Jahre schwächten das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Politik verkaufte die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente als alternativlos. Wider besseres Wissen wurde der demografische Wandel dramatisiert. Dabei liegen die größten Verschiebungen der Altersstruktur längst hinter uns: Der Altersquotient stieg zwischen 1900 und 1960 stärker als in den nachfolgenden 60 Jahren. Doch damit nicht genug. Ein längeres Leben und weniger Kinder machen die Rente nicht unbezahlbar. Ob die demografische Belastung tragbar ist, hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ab. Dieser grundlegende ökonomische Zusammenhang wird von den meisten „Rentenexpert*innen“ systematisch ausgeblendet. Wenn die Produktivität je Beschäftigten nur um ein Prozent jährlich wachsen würde, wäre das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2060 um ein Drittel größer als heute. Damit hätte der Produktivitätszuwachs den geschätzten Rückgang der arbeitenden Bevölkerung wettgemacht. Produktivität schlägt Demografie. Natürlich muss der größere Verteilungsspielraum auch ausgeschöpft werden. Wenn die Löhne mit der Produktivität steigen, sprudeln die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung. Die Rentenfrage ist somit immer auch eine Verteilungsfrage.

Der Rückgang des Rentenniveaus wird dazu führen, dass die Altersarmut weiter steigt. Bereits heute beziehen eine Million Rentnerinnen und Rentner aufstockende Grundsicherungsleistungen. Schon in wenigen Jahren wird diese Zahl massiv zunehmen - auf fast 13 Millionen. Die beiden sogenannten zusätzlichen Säulen der Altersabsicherung - betriebliche Rente und Riesterrente - können die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente für Geringverdiener nicht ausgleichen. Bereits heute verdienen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte so wenig, dass ihre Rente unterhalb der Grundsicherung liegen wird. Hinzu kommt, dass Erwerbsbiografien immer brüchiger werden und immer mehr von Soloselbständigkeit, Mini-Jobs und auch von Langzeitarbeitslosigkeit geprägt sind.

Den Paradigmenwechsel von der lebensstandardsichernden Rente hin zur beitragsstabilen Rente sollte die Riesterrente durch private Vorsorge auffangen. Die Riesterrente sollte das sinkende Rentenniveau ausgleichen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Weniger als ein Drittel der Beschäftigten riestert. Die staatliche Förderung fließt zu 38 % an die oberen 20 % der Einkommensbezieher*innen. Nur 7 % der staatlichen Förderung fließt an die unteren 20 % der Einkommensbezieher*innen, also an die, die es eigentlich brauchen würden.

Die klassische Betriebsrente wird nur einem geringen Teil der Beschäftigten angeboten. Und die betriebliche Rente, die als Entgeltumwandlung angeboten wird, hat erhebliche Fallstricke: Sie ist oft ein Verlustgeschäft, da in der Rentenphase volle Steuern, Krankenkassen- und Pflegebeiträge zu zahlen sind und mit der Entgeltumwandlung auch die Ansprüche aus der gesetzlichen Rente sinken. Wir wollen das Vertrauen in den Sozialstaat durch eine Rente, die armutsfest und lebensstandardsichernd ist, zurückgewinnen:

- 1.** Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) muss wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge werden. Sie muss vor allem so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard sichert. Die Renten müssen wieder vollumfänglich an die Lohnentwicklung gekoppelt werden. Das gesetzliche Rentenniveau muss oberhalb von 50% stabilisiert werden. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
- 2.** Die Erwerbsminderungsrente muss gestärkt werden. Die Abschläge bei Bezug einer Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr müssen beseitigt werden. Gleichzeitig muss die Bewertung der Zurechnungszeiten weiter verbessert werden. Ferner sollten die Zugangskriterien zur Erwerbsminderungsrente realitätsnäher gestaltet werden.
- 3.** Mütterrente und andere versicherungsfremde Leistungen müssen steuerfinanziert sein.
- 4.** Die Rente mit 67 muss weg. Stattdessen brauchen wir mehr flexible Übergänge in die Rente. Altersteilzeit ist dabei ein wichtiges Instrument. Die entsprechende staatliche Förderung muss wieder eingeführt werden. Um eine Kombination von (Alters-) Teilzeitarbeit mit einer Teilrente zu ermöglichen, sollte zudem ein vorzeitiger Teilrentenbezug ab dem 60. Lebensjahr möglich gemacht werden.
- 5.** Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden. Arbeitnehmer*innen, Selbstständige, Angehörige der freien Berufe sowie Beamte*innen müssen dann die gesetzliche Rente finanzieren und stehen so solidarisch füreinander ein.
- 6.** Die Riesterrente hat ihr Ziel verfehlt. Sie verhindert nicht, dass Geringverdiener*innen in Grundsicherung fallen, sie verteilt staatliche Förderung hauptsächlich an diejenigen, die ohnehin gut verdienen und gut abgesichert sind. Die Riesterrente ist - bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge - abzuschaffen.
- 7.** Betriebsrenten sollten als Ergänzung zu einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente gestärkt und ausgebaut werden. Die Doppelverbeitragungen auf Betriebsrenten und Direktversicherungen gehören abgeschafft.